



Dekret

Decreto

der Abteilungsdirektorin
des Abteilungsdirektors

della Direttrice di Ripartizione
del Direttore di Ripartizione

Nr.

N.

15218/2019

31.2 Amt für Obst- und Weinbau - Ufficio frutti-viticultura

Betreff:

Abänderung des Dekretes des
Abteilungsdirektors Nr. 6690 vom 23. April
2019 hinsichtlich der spezifischen Kriterien
und Modalitäten für die Anwendung der
nationalen Strategie auf dem Gebiet der
gemeinsamen Marktorganisation für Obst
und Gemüse

Oggetto:

Modifica del decreto del direttore di
ripartizione n. 6690 del 23 aprile 2019
recante i criteri specifici e modalità per
l'applicazione della strategia nazionale in
materia di organizzazione comune del
mercato ortofrutticolo

Mit eigenem Beschluss Nr. 1195 vom 14. November 2017 hat die Landesregierung dem Direktor der Abteilung Landwirtschaft die Befugnis übertragen, sämtliche Maßnahmen in Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 betreffend die gemeinsame Marktordnung für Obst- und Gemüse und der entsprechenden nationalen Bestimmungen durchzuführen.

Mit eigenem Dekret Nr. 6690 vom 23. April 2019 sind die spezifischen Kriterien und Modalitäten für die Anwendung der nationalen Strategie auf dem Gebiet der gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse für das Jahr 2019 und folgende erlassen worden.

Die im eigenen Dekret festgelegten Kriterien müssen im Bereich der Zulassung der Kosten für das Personal geändert werden, um dem Finanzaudit, welche die Dienststellen des europäischen Rechnungshofes vom 28. bis 30. Jänner 2019 in Südtirol hinsichtlich des OP 2017 durchgeführt haben, Rechnung zu tragen.

Dies vorausgeschickt,

verfügt der Direktor der Abteilung Landwirtschaft

die Festlegung der zugelassenen Personalkosten, welche mit eigenem Dekret Nr. 6690 vom 23. April 2019 im Rahmen der spezifischen Kriterien und Modalitäten zur Anwendung der nationalen Strategie auf dem Gebiet der gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse erlassen worden sind, wie folgt zu ändern:

Der beiliegende Anhang B), welcher integrierender Bestandteil dieses Dekretes ist, ersetzt den Anhang B) der spezifischen Kriterien und Modalitäten des eigenen Dekretes des Abteilungsdirektors Nr. 6690 vom 23. April 2019.

Diese geänderten spezifischen Kriterien werden dem Landwirtschaftsministerium und der Zahlstelle AGEA mitgeteilt.

DER DIREKTOR DER ABTEILUNG LANDWIRTSCHAFT

Con propria deliberazione n. 1195 del 14 novembre 2017 la Giunta provinciale ha delegato al direttore della Ripartizione Agricoltura l'assunzione di tutti i provvedimenti in merito all'applicazione del regolamento (UE) n. 1308/2013 concernenti l'organizzazione comune del mercato per i prodotti ortofrutticoli nonché delle rispettive disposizioni nazionali.

Con proprio decreto n. 6690 del 23 aprile 2019 sono emanati i criteri specifici e modalità per l'applicazione della strategia nazionale in materia di organizzazione comune del mercato ortofrutticolo per l'anno 2019 e successivi.

I criteri emanati con il proprio decreto devono essere modificati nell'ambito delle spese di personale ammissibili per tener conto della visita di audit finanziario effettuata da parte dei servizi della Corte dei conti europea nel periodo dal 28 al 30 gennaio 2019 in Alto Adige in riferimento al PO 2017.

tutto ciò premesso,

il direttore della ripartizione agricoltura decreta

di modificare la determinazione dei costi di personale ammissibili nei criteri specifici e modalità in applicazione della strategia nazionale in materia di organizzazione comune del mercato ortofrutticolo, emanati con proprio decreto n. 6690 del 23 aprile 2019 come segue:

L'allegato B) che forma parte integrante del presente decreto sostituisce l'allegato B) del proprio decreto n. 6690 del 23 aprile 2019.

Questi criteri specifici modificati saranno comunicati al Ministero all'Agricoltura e all'Organismo Pagatore AGEA.

IL DIRETTORE DELLA RIPARTIZIONE AGRICOLTURA

Martin Pazeller

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

KRITERIEN UND MODALITÄTEN ZUR BESTIMMUNG DER KOSTEN DES OPERATIONELLEN PROGRAMMS ab OP2019

1. Festlegung der im OP zugelassenen Personalkosten

Für die im Operationellen Programm vorgesehenen Aktionen, und im Besonderen für die Mitarbeiter, welche mit der Verbesserung des Vermarktungsniveaus und jene, welche zur Erzielung und Erhaltung der Qualität der Erzeugung beauftragt und in den EO und/oder in den Mitgliedsbetrieben der Genossenschaften tätig sind, sind die zugelassenen Berufsprofile und deren abrechenbare Kosten jene, welche laut Anhang des Rundschreiben des Ministeriums Nr. 5928 vom 18. Oktober 2017, in geltender Fassung, festgelegt worden sind.

Für die Abrechnung muss ein entsprechendes Qualitätssicherungssystem vorliegen, welches nach der Norm ISO 9000/2000 von einer akkreditierten Prüfstelle zertifiziert worden ist. Die Qualitätsaufgaben sind aus den Stellenbeschreibungen des Qualitätshandbuches zu entnehmen. Die effektiv geleisteten Qualitätsaufgaben sind in ein eigenes Stundenregister einzutragen.

Auf keinen Fall ist die Abrechnung eines Direktors/Geschäftsführers einer Mitgliedsgenossenschaft als Verantwortlicher für das Qualitätssicherungssystem zulässig.

Auf Ebene der EO und der Mitgliedsgenossenschaften ist pro Person aber nur ein Höchstausmaß von 1.828 Stunden erstattungsfähig, welches einer errechneten vollen Jahresarbeitszeit (228,5 Arbeitstage x 8 h/Tag, ohne Urlaub und Überstunden) einer Arbeitskraft entspricht.

Als Basis für die Berechnung der im OP zugelassenen Personalkosten werden die Gesamtpersonalkosten laut Lohnabrechnung oder Lohnkostenübersicht seitens einer entsprechenden qualifizierten Körperschaft zugrunde gelegt.

Sofern eine Erzeugerorganisation selbst die Tätigkeiten der Aufbereitung/Erstverarbeitung, Lagerung, Verpackung und Versandsvorbereitung durchführt, gelten die für die Mitgliedsgenossenschaften definierten Berufsbilder auch auf Ebene der EO.

Zur Ausführung der obigen Aufgaben kann aber auch nicht zur EO gehörendes Fachpersonal eingesetzt werden, das dafür eingestellt wird oder seine Mitarbeit als Dienstleistung verrechnet.

Die Finanzierung der zuschussfähigen Personalkosten ist auf jeden Fall auf 20% des genehmigten und abgerechneten Betriebsfonds begrenzt.

2. Festlegung der zugelassenen Ausgaben und Prämien aufgrund der Umweltverpflichtungen in Anwendung des nationalen Rahmens für Umweltmaßnahmen

- **Integrierte Produktion des Apfels**

Für den Einsatz der Integrierten Produktion (IP) ergeben sich Mehrausgaben, die sich aus der Differenz der bestrittenen Ausgaben und jener ergeben, die bei herkömmlichen Methoden angefallen wären. Ausschließlich für den Apfel kann eine

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

Prämie für die IP im Ausmaß von maximal € 720,00 /ha landwirtschaftlicher Nutzfläche abgerechnet werden.

Für die Umsetzung und Überwachung der IP können zusätzlich die Kosten der Zertifizierung und der Rückstandsanalysen abgerechnet werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Kontrollstelle nach ISO 45011 und die Laboreinrichtungen nach ISO 17025 akkreditiert sind. Richtungsweise sollte eine Stichprobe alle 2.300 t Frischprodukt gezogen werden.

• Anwendung der Verwirrungsmethode

Da die Anwendung der Verwirrungsmethode nicht verpflichtender Bestandteil der Integrierten Produktion darstellt, ergeben sich als zusätzliche Mehraufwendungen die Anschaffungskosten der Dispenser und die entsprechenden Arbeitskosten für das Aufhängen derselben, bzw. der reinen Anschaffungskosten der Aerosol-Dispenser.

Herkömmliche Verwirrung mit Dispensern:

Die Verwirrung erfolgt an Hand von Dispensern, welche aus Kapseln oder Röhrchen aus synthetischem Material bestehen, welche die darin enthaltenen Pheromonen kontinuierlich an die Umwelt abgeben. Entsprechend dem Gutachten des Südtiroler Beratungsrings werden beim Apfel als Mehraufwand unter Berücksichtigung des Abzuges für 1 eingesparte Behandlung im Ausmaß von 80,00 €/ha als Materialkosten für den Apfelwickler und die Fruchtschalenwickler maximal 124,00 €/ha verwirrte Fläche und für den Pfirsichwickler maximal 54,00 €/ha verwirrte Fläche und für das Aufhängen der Dispenser Arbeitskosten von maximal 82,00 €/ha verwirrte Fläche zugelassen. Bei Kombination von Dispensern für zwei oder mehrere Schadfalter werden die Arbeitskosten für das Aufhängen nur einmal anerkannt.

Aerosol- Verwirrung:

Die Verwirrung erfolgt an Hand von Dispensern, welche aus Plastikdosen bestehen, welche die darin enthaltenen Pheromone als Aerosole zu regelmäßigen Zeitpunkten an die Umwelt abgeben. Entsprechend dem Gutachten des Südtiroler Beratungsrings werden beim Apfel als Mehraufwand unter Berücksichtigung des Abzuges für 1 eingesparte Behandlung im Ausmaß von 80,00 €/ha als Materialkosten für 2 Aerosoldispenser maximal 162,00 €/ha verwirrte Fläche zugelassen.

Die Mindestfläche, die mit Aerosolen verwirrt und mit einem abgegrenzten Projekt vorgelegt werden muss, muss 10 ha betragen. Innerhalb des abgegrenzten Projektes können auch Flächen berücksichtigt werden, die nicht unmittelbar zusammenhängen, aber von der Aerosol- Verwirrungsmethode betroffen sind. Im geschlossenen Anwendungsgebiet können im Ausnahmefall auch herkömmliche Dispenser aufgehängt und abgerechnet werden, sofern auf derselben Fläche nur eine Verwirrungsmethode für jeden einzelnen Schädlingstyp zur Anwendung kommt und die 10 ha Mindestfläche für das Projekt nicht unterschritten werden. Die Mindestfläche für bereits bestehende Projekte, die weitergeführt werden, beträgt 5 ha.

In den zur Abrechnung vorgelegten Plänen müssen auf jeden Fall die Außengrenzen der Projekte eingezeichnet werden. Zudem müssen die Pläne mit einer Legende und Beschriftung versehen werden (Ortschaften, Gemeindegrenzen, Datum), damit eine eindeutige Identifizierung ermöglicht wird.

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

Für die Kontrolle der Durchführung dieser Umweltmaßnahme müssen stichprobenartig mind. 1% der verwirrten Fläche herangezogen werden.

- **Umweltmaßnahmen außerhalb des Einzelbetriebes**

Es werden Maßnahmen und/oder Investitionen auf Ebene der Erzeugerorganisation oder Mitgliedsgenossenschaft als im OP zur Abrechnung zugelassene Kosten anerkannt, welche dem Schutz des Wassers, der Verbesserung der Luft, der Einsparung der Energie- und Wasserressourcen und dem Abfallmanagement im Sinne des nationalen Umweltrahmens hinsichtlich der Aktionen B1 bis B9 dienen.

3. Festlegung der zugelassenen Maßnahmen auf Produzentenebene

Auf Ebene der landwirtschaftlichen Einzelbetriebe werden außer den oben genannten Umweltmaßnahmen im Sinne des Punktes 2 ausschließlich die Kosten für die Anschaffung von Pflanzmaterial im Erdbeeranbau im Sinne des Punktes 8 zugelassen. Nicht zulässig sind Maschinen und Geräte zur Bearbeitung oder Ernte der Kulturen sowie auch strukturelle Investitionen wie Netze, Folien, Umzäunungen oder Stütz- oder Pflanzmaterialien für den Anbau, Investitionen zur Bewässerung der Kulturen sowie die Errichtung von eigenen Strukturen zur Lagerung, Aufbereitung, Verarbeitung und Vertrieb.

4. Festlegung der zugelassenen Ausgaben und Anforderungen für strukturelle Investitionen

Um eine klare Abgrenzung zum Entwicklungsplan des ländlichen Raumes im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 zu ziehen, kann ein Bauprojekt oder ein technisch und wirtschaftlich funktionell getrenntes Baulos eines Gesamtprojektes im Operationellen Programm nur mit einem anerkannten Betrag von weniger als 7,0 Millionen Euro abgerechnet werden. Im Rahmen des gesamten Operationellen Programms kann die Abrechnung des betreffenden Projekts jedoch auf mehrere Jahre verteilt werden.

Bei der Vorlage des Ausführungsplanes oder spätestens bei der Vorlage der Änderung zum laufenden Jahr muss für jede einzelne Investition zum Zwecke der Genehmigung folgende Dokumentation nachgewiesen werden:

a) für bauliche Investitionen:

- I. Auszug aus dem Vollversammlungs- oder Ausschussprotokoll betreffend die Genehmigung des Vorhabens;
- II. Berechnung des wirtschaftlichen Nutzens des Vorhabens;
- III. Bauprojekt erstellt seitens eines befähigten Technikers;
- IV. Kopie der Baukonzession;
- V. Kostenvoranschlag mit mindestens 3 Angeboten bei Investitionen von € 50.000,00 und darüber; Kostenvoranschlag mit mindestens 2 Angeboten bei Investitionen zwischen € 20.000,00 und € 50.000,00; Kostenvoranschlag mit mindestens 1 Angebot bei Investitionen unter € 20.000,00. Falls entsprechend nicht mindestens 3 bzw. 2 Angebote einholbar sind, bedarf es eines technisch/wirtschaftlichen Berichtes seitens eines befähigten Technikers hinsichtlich der Auswahl der Lieferfirma und die Bestätigung der Einhaltung der Landesrichtpreise. Falls nicht das Angebot mit dem günstigsten Preis berücksichtigt wird, muss ein entsprechender technisch/wirtschaftlicher Bericht hinsichtlich der Begründung der Auswahl vorgelegt werden, wobei nur der Wert des günstigsten Angebotes für die Abrechnung

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

berücksichtigt wird.

- VI. Kostenvergleich des befähigten Technikers bzgl. der geplanten Kosten mit den entsprechenden Landesrichtpreisen zur Beurteilung der Angemessenheit der Kosten

Als Honorare für Projektierung, Bauleitung und Sicherheitskoordination können maximal 6% der anerkehbaren Kosten der Summe der Gewerke zugelassen werden. Die technischen Sicherheitskosten der Lieferfirmen sind erstattungsfähig, zählen aber nicht für die Berechnung der Obergrenze von 6%.

b) für technische Investitionen (Maschinen oder Anlagen):

- I. Auszug aus dem Vollversammlungs- oder Ausschussprotokoll betreffend die Genehmigung des Erwerbes;
- II. Berechnung des wirtschaftlichen Nutzens des Vorhabens;
- III. Kostenvoranschlag mit mindestens 3 Angeboten bei Investitionen von € 50.000,00 und darüber; Kostenvoranschlag mit mindestens 2 Angeboten bei Investitionen zwischen € 20.000,00 und € 50.000,00; Kostenvoranschlag mit mindestens 1 Angebot bei Investitionen unter € 20.000,00. Falls nicht mindestens 3 bzw. 2 Angebote einholbar sind, bedarf es eines technisch/wirtschaftlichen Berichtes seitens eines befähigten Technikers hinsichtlich der Auswahl der Lieferfirma und der Begründung der Angemessenheit der Kosten. Falls nicht das Angebot mit dem günstigsten Preis berücksichtigt wird, muss ein entsprechender technisch/wirtschaftlicher Bericht hinsichtlich der Begründung der Auswahl vorgelegt werden, wobei nur der Wert des günstigsten Angebotes für die Abrechnung berücksichtigt wird.
- IV. Kopie des technischen Datenblattes im Falle von Standardmaschinen oder des Lastenheftes im Falle von Anlagen als Grundlage für die Angebotseinholung;

Die Kosten für die Lieferung des Gutes und andere Zusatzkosten, ausgenommen jene für die Installation oder Montage des gelieferten Gutes, sind nicht erstattungsfähig.

Zum Zeitpunkt der Abrechnung muss zudem die nachstehende Dokumentation vorliegen:

- I. die Aufstellung CR1 und die Kopien der entsprechenden Rechnungs- und Zahlungsbelege. Die elektronischen Rechnungen müssen in der XML-Datei und in der Visualisierungsdatei als PDF die für die Kontrollen notwendigen Mindestangaben und den Bezug zur Finanzierungsquelle laut den Vorgaben der Zahlstelle Rom erfüllen;
- II. die Erklärung des gesetzlichen Vertreters über die Einhaltung aller vorgesehenen Rechtsvorschriften betreffend Brandverhütung, Lärmbelastung, Arbeitssicherheit, Hygiene, Maßnahmen zur Verhinderung der Umweltverschmutzung und Einsatz von Giftgasen und der Beachtung der entsprechenden EU- Bestimmungen bei Ankauf von Liegenschaften oder Leasing;
- III. die EU-Konformitätserklärungen unter Berücksichtigung der Matrikelnummer von Seiten der Erzeugerfirma im Falle von Maschinen und Anlagen;
- IV. Kopie des Abnahmeprotokolls des Technikers im Falle von Bauten und Anlagen;
- V. Kopie der Benutzungsgenehmigung im Falle von Bauten;
- VI. fotografischer Nachweis der Anbringung der Plakette der Finanzierungsquelle auf Strukturen, Anlagen und Maschinen im Sinne der Nationalen Strategie hinsichtlich der Maßnahme 1, 2 und 3 und der CE-Plakette;
- VII. Auszug aus dem Vollversammlungs- oder Ausschussprotokoll betreffend die

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

- Verpflichtung, bauliche Investitionen für 10 Jahre, technische Investitionen (Maschinen oder Anlagen) für 5 Jahre und EDV-Einrichtungen für 3 Jahre weder zu veräußern noch ihre Zweckbestimmung zu verändern;
- VIII. der Vergleich Kostenvoranschlag, Abrechnung und Landesrichtpreise zur Angemessenheit der Preise für die im Operationellen Programm abgerechneten Investitionsgüter seitens des befähigten Technikers im Falle von Baulichkeiten; sie müssen sich innerhalb der Grenzen der öffentlichen Richtpreise der Autonomen Provinz Bozen bewegen;
 - IX. die Nutzungsvereinbarung zwischen EO und Mitgliedsgenossenschaft im Falle von Investitionen bei den Mitgliedsgenossenschaften;
 - X. aktuelle Aufstellung der technischen Güter
 - XI. Auszug des Kontos Veräußerungen/Gewinne aus Anlagevermögen hinsichtlich möglichen Verkauf von alten technischen Anlagen
 - XII. aktuelle Betriebsbeschreibung

Zudem kann seitens des delegierten Kontrollorganes vor Ort Folgendes überprüft werden:

- a) die Eintragung ins eigene Mehrwertsteuerregister und
- b) im Falle von Bauten oder Anlagen, nach Abschluss der Arbeiten die Eintragung in das Register der abschreibbaren Güter nach den geltenden Bestimmungen und/oder in das Verzeichnis der Aktivposten durch Einsicht in die entsprechenden Register.

Zur Vereinfachung der Verwaltungsabläufe können für die Abrechnung nur jene Rechnungen vorgelegt werden, deren abrechenbarer Betrag mehr als € 2.000,00 beträgt.

Wenn die Einhaltung der genannten Bedingungen auf der Grundlage eigener Erklärungen bestätigt wird, muss die Verwaltung in angemessener Weise deren Richtigkeit aufgrund entsprechender Kontrollen feststellen.

Weitere Voraussetzungen für die Förderung:

a) Strukturen für die Lagerung im Apfelsektor

Förderfähig sind der Bau und Erwerb von Lagerräumen bis zu einem Ausmaß, das zur Lagerung von 95 Prozent der höchsten Kernobsternte der vorhergehenden drei Jahre erforderlich ist, wobei mindestens 10.000 Tonnen Tafelobst eingebracht werden müssen.

b) Strukturen für die Aufbereitung und/oder Erstverarbeitung im Apfelsektor

Der Ankauf jeglicher Maschinen und Anlagen im Erstverarbeitungs-, Sortier-, Verpackungs-, und Versandbereich sowie der Neubau von damit zusammenhängenden Strukturen wird gefördert, sofern am Betrieb mehr als 35.000 Tonnen Tafelware aufbereitet werden, besonders wenn es sich um eine Aufstockung oder Ergänzungen der Anlagen mit neuen Linien oder der Einbau von neuen Anlagen handelt.

Abweichend können die technologische Aufrüstung und nach 8 Jahren die technisch bedingten Erneuerungen von einzelnen bereits bestehenden Maschinen oder Teilen einer Linie oder Anlage gefördert werden.

Für Unternehmen, die ausschließlich Obst aus ökologischem Landbau aufbereiten, beträgt das Mindestausmaß an aufzubereitender Tafelware 10.000 Tonnen.

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

Für die Ermittlung der aufbereiteten Menge von Genossenschaften wird der höchste Wert aus eigener Produktion der vorhergehenden 3 Jahre berücksichtigt, wobei begründet eine Abweichung von den Mindestwerten im Ausmaß bis 8 % zugelassen werden kann.

Für den innerbetrieblichen Transport sind im Falle von Stapler nur jene mit Elektroantrieb als Aufstockung des bisherigen Bestandes erstattungsfähig.

Für die Errichtung eines Hochregallagers beträgt für alle Unternehmen das Mindestausmaß an aufzubereitender Tafelware 50.000 Tonnen.

c) Sozialräume

Zur Ausübung der Tätigkeit der Lagerung und Aufbereitung können die Erzeugerorganisationen und ihre Mitgliedsbetriebe Sozialräume vorsehen. Die für die Abrechnung im OP anerkehbaren Kosten betragen im Falle von Sozialräumen maximal 1.480,00 € pro m².

d) Grundankauf

Spesen für den Grundankauf sind im Höchstausmaß von 10% des mit dem Grundankauf zusammenhängenden Bauprojektes abrechenbar.

e) Großkisten

Förderfähig sind Plastikgroßkisten als Aufstockung des bisherigen Großkistenbestandes.

Die Aufstockung des Großkistenbestandes durch Neuanschaffung kann bis 100% der höchsten Kernobsternte der letzten 5 Jahre unter Berücksichtigung eines eventuellen Produktionspotenziales abgerechnet werden. Als Grundlage der Berechnung dient eine Großkiste mit einem Fassungsvermögen von 320 kg. Förderfähig sind nur die Anschaffungskosten der Plastikgroßkiste im Höchstausmaß von € 69,00/ Einheit. Es werden aus Gründen des Landschaftsschutzes im Bereich der Frischware nur noch grüne Großkisten (RAL 6000 bis 6038) gefördert. Jeglicher Ankauf muss innerhalb von 5 Tagen nach Erwerb dem Amt für Obst- und Weinbau mitgeteilt werden. Auf den Großkisten müssen die Angaben laut den Vorschriften der Zahlstelle erkennbar sein.

5. Festlegung der zugelassenen Ausgaben und Anforderungen für Dienstleistungen

Bei der Vorlage des Ausführungsplanes oder spätestens bei der Vorlage der Änderung zum laufenden Jahr muss für jede einzelne Dienstleistung zum Zwecke der Genehmigung folgende Dokumentation nachgewiesen werden:

- I. Auszug aus dem Vollversammlungs- oder Ausschussprotokoll betreffend die Genehmigung der Dienstleistung;
- II. Anforderungsprofil, bzw. Lastenheft als Grundlage für die Angebotseinholung;
- III. Kostenvoranschlag mit mindestens 3 Angeboten bei Dienstleistungen von € 50.000,00 und darüber; Kostenvoranschlag mit mindestens 2 Angeboten bei Dienstleistungen zwischen € 20.000,00 und € 50.000,00; Kostenvoranschlag mit mindestens 1 Angebot bei Dienstleistungen unter € 20.000,00. Falls nicht mindestens 3 bzw. 2 Angebote einholbar sind, bedarf es eines technisch/wirtschaftlichen Berichtes seitens eines befähigten Technikers hinsichtlich der Auswahl der Lieferfirma und die Begründung der Angemessenheit

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

der Kosten. Falls nicht das Angebot mit dem günstigsten Preis berücksichtigt wird, muss ein entsprechender technisch/wirtschaftlicher Bericht hinsichtlich Begründung der Auswahl vorgelegt werden, wobei nur der Wert des günstigsten Angebotes für die Abrechnung berücksichtigt wird.

IV. Berechnung des wirtschaftlichen Nutzens der Dienstleistung.

Zum Zeitpunkt der Abrechnung muss zudem ein Leistungsbericht, bzw. ein Abschlussbericht über das Resultat seitens des Dienstleisters vorliegen.

Zur Vereinfachung der Verwaltungsabläufe können für die Abrechnung nur jene Rechnungen vorgelegt werden, deren abrechenbarer Betrag mehr als € 2.000,00 beträgt (mit Ausnahme der Rechnungen für die Rückstandsanalysen). Die Höchstaussgabe für das Tageshonorar (Bezugsbasis 8 Stunden) eines Referenten oder Beraters beträgt € 900,00, inbegriffen sind eventuelle Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung.

6. Festlegung der zugelassenen Ausgaben für Krisenvorbeugungs- und –managementmaßnahmen

Für die Maßnahme der Absatzförderung und Kommunikation zur Vorbeugung oder Bewältigung von Marktkrisen im Sinne des Ministerialdekretes Nr. 9628 vom 5. Oktober 2018 in geltender Fassung, welche in Südtirol aktiviert werden, gelten folgende Zusatzkriterien:

Die Vermarktungsförderungs- und Kommunikationsmaßnahmen müssen ergänzend zu den bereits laufenden Vermarktungsförderungs- und Kommunikationsmaßnahmen der betreffenden EO angewandt werden. Daher müssen sie zeitlich begrenzt und zusätzlich zu dem von der EO geplanten und genehmigten Marketingbudget zur Anwendung kommen sowohl in wertmäßiger als auch in inhaltlicher Hinsicht.

Für den Nachweis der entstehenden oder bereits eingetretenen Marktkrise muss die EO vor Aktivierung der oben genannten Maßnahmen einen technischen Bericht der Landesverwaltung vorlegen, in dem folgende Informationen über das entsprechende Produkt enthalten sein müssen:

- 1) europäisches oder nationales Konsumverhalten
- 2) europäische, nationale, regionale, provinzielle und der EO eigene Ernte oder Erntevorschau
- 3) bisheriger Bestandesabbau
- 4) bisherige Absatzentwicklung im europäischen oder nationalen Raum
- 5) erwartete wirtschaftliche Nutzen

Hinsichtlich der Punkte 1-4 muss ein Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre unter Auslassung des besten und des schlechtesten Jahres erstellt werden und dieser Vergleich muss einen signifikanten Unterschied in zwei oder mehreren Aspekten ergeben.

Für die oben genannte, aber auch für andere Maßnahmen zur Vorbeugung oder Bewältigung von Marktkrisen müssen auf jeden Fall die staatlichen Vorgaben befolgt werden.

7. Festlegung der Mehrausgaben, die sich aus der Anwendung von speziellem Pflanzgut ergeben

ANHANG B - spezifische Kriterien und Modalitäten zur nationalen Strategie

Ausschließlich im Erdbeeranbau können als Qualitätsmaßnahme die Mehrkosten für den Einsatz von zertifiziertem Pflanzmaterial mit größerem Rhizomdurchmesser abgerechnet werden, welche mindestens für 2 Ernten verwendet werden. Die herkömmlichen Kosten des Standardpflanzmaterials (Frigo A) für 2019 belaufen sich auf 0,11 €/Pflanze und müssen bei der Abrechnung in Abzug gebracht werden. Bei einer Pflanzdichte von 80.000 Pflanzen/ha können als Mehrkosten maximal € 27.200,00/ha bezuschusst werden (0,34 € errechnete Mehrkosten Tray x 80.000 Pflanzen).

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

CRITERI E MODALITÀ PER LA DETERMINAZIONE DEI COSTI DEL PROGRAMMA OPERATIVO a partire del PO 2019

1. Determinazione dei costi ammissibili per il personale nell'ambito del PO

Per quanto concerne le azioni previste nel Programma Operativo, e in particolare per quanto attiene i collaboratori incaricati per il miglioramento della commercializzazione, nonché per gli addetti al conseguimento e mantenimento di un elevato livello di qualità delle produzioni, sia i collaboratori interni delle OP sia i collaboratori delle cooperative associate, sono individuate dall'allegato della circolare ministeriale n. 5928 del 18 ottobre 2017, e successive modifiche, le figure professionali e i relativi costi ammissibili ai fini della rendicontazione del PO.

Per la rendicontazione delle figure professionali deve essere disponibile un apposito sistema di assicurazione della qualità che dev'essere certificato secondo le norme ISO 9000/2000 da un Ente accreditato. I compiti orientati alla qualità risultano dalla specificazione delle mansioni come indicate nel relativo manuale di qualità. Le ore lavorative impiegate per tali compiti devono essere registrate in un'apposita scheda oraria.

In nessun caso è consentita la rendicontazione delle ore prestate da un direttore di una cooperativa associata come responsabile del sistema di assicurazione della qualità.

Per ogni singola persona può essere rimborsato solo un numero massimo di 1.828 ore che corrisponde al periodo di lavoro annuale completo di una intera forza lavorativa (228,5 giorni lavorativi x 8 ore/giorno, escludendo i giorni di ferie e gli straordinari).

Come base per il calcolo dei costi ammissibili del personale vengono adottati i costi del personale complessivi risultanti dal conteggio dei salari o dal riepilogo dei costi lordi effettuato da un ente qualificato.

Qualora l'organizzazione di produttori provveda in proprio alle attività di condizionamento, lavorazione, prima trasformazione, imballaggio e preparazione alla spedizione, le figure professionali identificate per le cooperative associate valgono anche a livello dell'OP.

Per l'esecuzione dei compiti sopra indicati può essere impiegato personale specializzato interno dell'OP e personale anche non facente parte della stessa, che viene assunto per tale scopo o fattura la propria collaborazione come prestazione di servizio.

In ogni caso il finanziamento dei costi di personale ammissibili è limitato al 20% del fondo d'esercizio approvato e rendicontato.

2. Determinazione dei costi ammissibili e valori economici massimi riconoscibili in funzione degli impegni ambientali seconda la disciplina ambientale nazionale

- **produzione integrata della mela**

Per l'adozione dei sistemi di produzione integrata (PI) risultano maggiori oneri derivanti dalla differenza tra delle spese sostenute e quelle che si sarebbero dovute sostenere con l'applicazione dei metodi tradizionali. Esclusivamente per la PI della mela si può rendicontare un valore economico massimo pari a € 720,00 /ha di superficie coltivata.

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

Per l'applicazione e il monitoraggio della PI possono essere rendicontati costi aggiuntivi per la certificazione e per le analisi di residui di fitofarmaci a condizione che l'organo di controllo sia accreditato secondo ISO 45011 e i laboratori di analisi siano accreditati secondo ISO 17025. Le analisi dovranno interessare circa un campione ogni 2.300 t di prodotto.

- **applicazione del metodo della „confusione sessuale“**

Dato che l'applicazione del metodo della „confusione sessuale“ non rappresenta un elemento vincolante della produzione integrata, i rispettivi ulteriori maggiori oneri risultano dall'acquisto dei dispenser e dai costi di lavoro per applicarli.

Confusione sessuale con dispenser tradizionali:

Avviene mediante l'utilizzo di “dispenser” costituiti da capsule o tubicini in materiale sintetico impregnati o contenenti dei feromoni che vengono rilasciati gradualmente. In base al parere tecnico del centro di consulenza “Beratungsring” si riconoscono per la mela come maggiori oneri per l'acquisto del materiale (dispenser) per la cydia pomonella e i ricamatori un massimo di € 124,00/ha e per cydia molesta massimo di € 54,00/ha calcolati al netto del risparmio di un trattamento chimico di € 80,00 e per il costo dell'applicazione della confusione sessuale un valore economico massimale di € 82,00 /ha. In caso di combinazione di dispenser per due o più tipi di insetti nocivi viene riconosciuto il costo di applicazione solamente una volta.

Confusione sessuale con erogatori spray (bombole aerosol):

Avviene mediante l'utilizzo di “dispenser” costituiti da dispositivi in forma di bombole che erogano in intervalli all'ambiente i feromoni come aerosol. In base al parere tecnico del centro di consulenza “Beratungsring” si riconosce per la mela come maggior onere solo l'acquisto del materiale (2 bombole aerosol) in misura massima di € 162,00 /ha calcolati al netto del risparmio di un trattamento chimico di € 80,00.

La superficie minima che può essere presentata in un progetto delimitato di confusione sessuale con erogatori spray (bombole aerosol) deve essere non inferiore a 10 ettari. Nell'ambito del progetto delimitato possono essere considerate anche superfici che non sono direttamente collegate, ma comunque coinvolte. In un'area di applicazione delimitata possono essere applicati e rendicontati in casi eccezionali anche dispenser tradizionali a condizione che sulla stessa superficie si applica solo un unico metodo di confusione sessuale per ciascun tipo di insetto nocivo e la superficie minima del progetto di confusione sessuale con erogatori spray (bombole aerosol) non è inferiore a 10 ha. La superficie minima per progetti già esistenti ammonta a 5 ha.

Le planimetrie presentate per la rendicontazione devono prevedere, in ogni caso, le delimitazioni esterne dei progetti. Inoltre le planimetrie devono essere dotate di una legenda e descrizione (località, confini comunali, data) in modo che l'identificazione sia chiara.

Per il controllo dell'applicazione di questa misura ambientale si deve prendere in considerazione un campione non inferiore al 1% della superficie applicata.

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

• interventi extra azienda produttore

Vengono riconosciuti i costi sostenuti dall'OP o dalle cooperative associate per il rendiconto dei programmi operativi derivanti dagli interventi e investimenti che mirano alla protezione dell'aria e dell'acqua, al risparmio energetico e dell'acqua e della gestione dei rifiuti ai sensi della disciplina ambientale recante le azioni B1 fino a B9.

3. Determinazione delle misure concesse per i produttori

A livello delle singole aziende agricole, ad eccezione delle summenzionate misure ambientali di cui al punto 2, sono ammessi solo i costi relativi all'acquisto di materiale di propagazione di fragole di cui al punto 8. Non sono ammessi macchine e attrezzature per la lavorazione o la raccolta di colture, né investimenti strutturali come reti, coperture in plastica, recinzioni o materiali di sostegno o materiale di impianto per le altre colture, investimenti per l'irrigazione delle colture e la realizzazione di strutture proprie di stoccaggio, lavorazione, trasformazione e distribuzione.

4. Determinazione dei costi ammissibili per investimenti strutturali

Per stabilire una chiara demarcazione con il piano di sviluppo rurale ai sensi del regolamento (UE) n. 1305/2013, può essere rendicontato nel programma operativo un progetto di costruzione o un intervento/lotto funzionale dal punto di vista tecnico ed economico di un progetto complessivo di costruzione solo con un importo riconosciuto inferiore a 7,0 Milioni di euro.

All'atto di presentazione del progetto esecutivo annuale, o al più tardi in occasione della modifica in corsa d'opera, al fine dell'approvazione di ogni singolo investimento deve essere allegata la seguente documentazione:

a) per gli investimenti edili:

- I. estratto della delibera dell'assemblea generale o del consiglio di amministrazione riguardante l'approvazione dei lavori
- II. calcolo della convenienza economica dell'investimento;
- III. progetto edilizio presentato da un tecnico abilitato
- IV. copia della concessione edilizia;
- V. la stima dei costi con almeno tre preventivi per gli investimenti di importo uguale o superiore a € 50.000,00; almeno due preventivi per gli investimenti di importo superiore a € 20.000,00 fino a € 50.000,00; almeno un preventivo per gli investimenti di importo inferiore a € 20.000,00. Qualora non sia possibile il reperimento di rispettivamente tre o due preventivi è necessaria un'apposita relazione tecnico/economica da parte di un tecnico abilitato recante la scelta del fornitore e la conferma della congruità dei costi con il prezzario provinciale; ove non venga scelto il preventivo con il prezzo più basso, dev'essere prodotto una relativa relazione tecnico/economica che illustra la motivazione della scelta. In ogni caso viene riconosciuta la spesa del preventivo più basso.
- VI. comparazione dei costi del tecnico abilitato recante i costi preventivati e i pubblici prezzi informativi della P.A. di Bolzano in vista della verifica della congruità dei prezzi

Onorari per la progettazione, direzione di lavori e coordinamento nella fase di sicurezza sono ammessi in misura massima del 6% dei costi ammissibili dei lavori. I costi di

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

sicurezza dei singoli fornitori sono ammissibili per la rendicontazione, però non vengono considerati nel calcolo del 6%.

b) per gli investimenti tecnici (macchinari ed impianti):

- I. estratto della delibera dell'assemblea generale o del consiglio di amministrazione riguardante l'acquisto
- II. calcolo della convenienza economica dell'investimento;
- III. almeno tre preventivi per gli investimenti di importo uguale o superiore a € 50.000,00; almeno due preventivi per gli investimenti di importo superiore a € 20.000,00 fino a € 50.000,00; almeno un preventivo per gli investimenti di importo inferiore a € 20.000,00. Qualora non sia possibile il reperimento di rispettivamente tre o due preventivi è necessaria un'apposita relazione tecnico/economica da parte di un tecnico abilitato recante la scelta del fornitore e la giustificazione della congruità dei costi; ove non venga scelto il preventivo con il prezzo più basso, dev'essere prodotto una relativa relazione tecnico/economica che illustra la motivazione della scelta. In ogni caso viene riconosciuta la spesa del preventivo più basso;
- IV. copia della scheda tecnica per macchinari standard o delle specifiche tecniche per gli impianti come base per il reperimento dei preventivi.

I costi per la fornitura del bene ed altri costi aggiuntivi, eccetto i costi di montaggio o di installazione del bene stesso, non sono ammissibili.

La rendicontazione delle spese relative ai suddetti investimenti, deve essere accompagnata dai seguenti documenti:

- I. elenco delle fatture CR1 e singole copie delle fatture e copie dei pagamenti. Le fatture elettroniche devono riportare nel file XML e nel file PDF di visualizzazione i dati minimi necessari per il controllo e il riferimento alla fonte di finanziamento in base alle disposizioni dell'organismo pagatore di Roma;
- II. dichiarazione, a firma del legale rappresentante, del rispetto di tutte le norme giuridiche previste in materia di prevenzione degli incendi, inquinamento acustico, sicurezza sul lavoro, igiene, misure atte ad evitare l'inquinamento dell'ambiente e impiego di gas tossici e dell'osservanza delle relative norme dell'UE nel caso di acquisto di immobili o leasing;
- III. copia della dichiarazione delle ditte costruttrici attestante la conformità degli impianti e delle attrezzature alle vigenti norme in materia di norme antinquinamento, sicurezza, prevenzione infortuni e igiene. Devono contenere i numeri di matricola delle macchine e dei macchinari, che dovranno essere riscontrabili sulle macchine e sui macchinari;
- IV. copia del verbale di collaudo tecnico-amministrativo in caso di impianti e costruzioni;
- V. copia della licenza d'uso in caso di costruzioni;
- VI. evidenza fotografica della targhetta con il riferimento alla fonte di finanziamento applicata sulle strutture, impianti ed macchinari ai sensi della strategia nazionale recante le misure 1, 2 e 3 e della targhetta CE;
- VII. estratto della delibera dell'assemblea generale o consiglio di amministrazione riguardante l'assunzione dell'obbligo a non alienare né distogliere dalla prevista destinazione, per almeno 10 anni gli immobili, per almeno 5 anni i macchinari e le attrezzature mobili acquistate e per 3 anni sistemi informatici;

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

- VIII. comparazione dei costi del tecnico abilitato recante i costi preventivati, rendicontati e i pubblici prezzi informativi della P.A. di Bolzano in vista della verifica della congruità dei prezzi (i pubblici prezzi informativi della P.A. di Bolzano non devono essere superati)
- IX. la convenzione di utilizzo tra OP e cooperativa associata in caso di investimento realizzato presso la cooperativa associata
- X. elenco attuale dell'attrezzatura tecnica e dei beni immobili;
- XI. estratto conto plusvalenze da alienazioni di immobilizzazioni per la verifica di una possibile alienazione;
- XII. descrizione aziendale attuale.

L'organismo di controllo delegato può inoltre visionare in fase di controllo in loco:

- a) il libro IVA sul quale sono registrate le fatture presentate;
- b) il registro dei beni ammortizzabili o del libro degli inventari sui quali sono riportate le annotazioni relative agli investimenti.

Per semplificare i processi amministrativi possono essere presentate solo le fatture il cui importo ammissibile supera i € 2.000,00. Se l'osservanza delle condizioni suddette viene attestata sulla base di apposite dichiarazioni, l'Amministrazione dovrà verificarne in misura adeguata l'esattezza sulla base di opportuni controlli.

Ulteriori requisiti per l'incentivazione:

a) strutture di conservazione

La costruzione e l'acquisto di strutture per la conservazione sono ammessi a finanziamento nella misura necessaria per la conservazione di 95 per cento del massimo conferimento di pomacee degli ultimi tre anni a condizione che vengono conferite almeno 10.000 tonnellate di frutta da tavola.

b) strutture di lavorazione e/o prima trasformazione

L'acquisto di qualsiasi macchina o impianto per la prima trasformazione, la cernita, l'imballaggio o la preparazione alla spedizione nonché la costruzione nuova delle strutture connesse è ammesso a finanziamento a condizione che presso l'azienda vengano lavorate più di 35.000 tonnellate di mela da tavola, in modo particolare se si tratta di un ampliamento o di un'integrazione dell'impianto con nuove linee o dell'installazione di un nuovo impianto.

In deroga a quanto sopra prescritto è ammissibile l'adattamento delle linee o impianti a nuove tecnologie e solamente dopo 8 anni la sostituzione di macchinari o parti di impianti a condizione di introdurre nuove tecniche o tecnologie, particolarmente avanzate.

Per imprese che lavorano esclusivamente prodotti biologici è richiesto un quantitativo minimo di 10.000 tonnellate di frutta da tavola.

Per la determinazione della quantità lavorata da parte di cooperative viene considerato il volume massimo della propria produzione degli ultimi tre anni. In casi debitamente motivati può essere ammesso uno scostamento dai valori minimi fino alla misura dell'8%.

In caso di carrelli elevatori per il trasporto interno sono ammissibili solo i costi per l'acquisto di carrelli con trazione elettrica e solo per l'incremento della loro consistenza numerica.

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

Per la costruzione di un magazzino automatico è richiesto per tutti un quantitativo minimo di 50.000 tonnellate di frutta da tavola da lavorare.

c) locali per le maestranze

Per lo svolgimento della conservazione e lavorazione l'OP e le aziende associate possono predisporre locali per le maestranze. I costi massimi ammissibili per la rendicontazione nei piani operativi per i locali per le maestranze sono di € 1.480,00 al m².

d) acquisto di terreni

Le spese relative all'acquisto di terreni sono ammissibili nei limiti del 10% del costo totale ammissibile del progetto di costruzione. L'eventuale acquisto di terreni può essere rendicontato solo in combinazione con un progetto edile.

e) bins

Sono ammissibili solo i costi per l'acquisto di nuovi bins di plastica per l'incremento della loro consistenza numerica. L'incremento della consistenza di bins mediante nuovo acquisto degli stessi può essere ammesso al 100% del conferimento massimo di pomacee degli ultimi 5 anni considerando anche il potenziale produttivo. Come base di calcolo viene considerato un cassone della capacità di 320 kg.

Sono ammissibili solo i costi di acquisto in misura massima di € 69,00 per singola unità. Ai fini della tutela del paesaggio, nel settore dei prodotti freschi, è ammissibile per la rendicontazione esclusivamente l'acquisto di bins di colore verde (RAL 6000 fino a 6038). Ogni acquisto dev'essere comunicato entro 5 giorni dalla data di acquisto all'ufficio fruttivicoltura. Sui cassoni devono essere riscontrati le indicazioni secondo le prescrizioni dell'organismo pagatore.

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

5. Determinazione dei costi ammissibili per servizi

All'atto di presentazione del progetto esecutivo annuale o al più tardi in occasione della modifica in corsa d'opera al fine di approvazione di ogni singolo servizio deve essere allegata la seguente documentazione:

- I. estratto della delibera dell'assemblea generale o consiglio di amministrazione riguardante l'assegnazione della prestazione/servizio;
- II. il capitolato d'onori come base per il reperimento dei preventivi;
- III. almeno tre preventivi per i servizi di importo uguale o superiore a € 50.000,00; almeno due preventivi per i servizi di importo superiore a € 20.000,00 fino a € 50.000,00; almeno un preventivo per gli servizi di importo inferiore a € 20.000,00. Qualora non sia possibile il reperimento di rispettivamente tre o due preventivi è necessaria un'apposita relazione tecnico/economica da parte di un tecnico abilitato recante la scelta del fornitore e la giustificazione della congruità dei costi; ove non venga scelto il preventivo con il prezzo più basso, dev'essere prodotto una relativa relazione tecnico/economica che illustra la motivazione della scelta. In ogni caso viene riconosciuta la spesa del preventivo più basso;
- IV. dimostrazione della convenienza economica del servizio.

La rendicontazione dev'essere accompagnata da una relazione finale recante il risultato ottenuto dalla prestazione, redatta dal prestatore di servizio o dal beneficiario.

Per semplificare i processi amministrativi possono essere presentate solo le fatture il cui importo ammissibile supera i € 2.000,00 (escluse le fatture per analisi residui).

La spesa massima ammessa per una giornata di 8 ore/relatore o consulente è di € 900,00, comprese eventuali spese di viaggio, vitto ed alloggio.

6. Determinazione dei costi ammissibili per la prevenzione e gestione delle crisi di mercato

Per la dimostrazione della crisi in arrivo o in essere le OP devono presentare all'Amministrazione provinciale, prima dell'attivazione delle misure sopracitate, una relazione tecnica. La relazione tecnica deve contenere le seguenti informazioni sul prodotto in oggetto:

- 1) andamento dei consumi europei o nazionali
- 2) raccolta o previsione della raccolta europea, nazionale, regionale, provinciale e propria dell'OP
- 3) andamento della riduzione delle giacenze
- 4) andamento delle vendite nella zona europea o nazionale
- 5) coerenza economica stimata

Per quanto riguarda i punti 1-4 deve essere fatto un confronto con la media degli ultimi 5 anni non considerando la migliore e la peggiore delle annate. Da tale confronto deve emergere una significativa differenza per due o più aspetti.

ALLEGATO B - criteri specifici e modalità di applicazione della strategia nazionale

Per le misure di promozione e comunicazione per la prevenzione e gestione delle crisi di mercato attivate ai sensi del decreto ministeriale n. 9628 del 5 ottobre 2018 nella Provincia Autonoma di Bolzano si applicano i seguenti criteri aggiuntivi:

Le azioni realizzate nell'ambito delle misure di promozione e comunicazione devono essere complementari ad eventuali altre azioni di promozione e comunicazione in corso d'opera dell'OP interessata. Le azioni devono essere limitate nel tempo e aggiuntive al budget per il marketing pianificato ed approvato da parte dell'OP per quanto riguarda il contenuto e il valore.

Per le suddette ed eventuali altre misure per la prevenzione e gestione delle crisi di mercato devono essere rispettati comunque i criteri stabiliti a livello nazionale.

7. Determinazione dei costi ammissibili per l'impiego di materiale vivaistico certificato

Esclusivamente nella produzione di fragole per misure di miglioramento di qualità sono ammissibili i costi aggiuntivi rispetto a quelli convenzionali derivanti dall'impiego di materiale vivaistico certificato con maggior spessore di rizoma che viene utilizzato per almeno due raccolte.

Per la rendicontazione dell'annualità 2019 devono essere detratti i costi del materiale vivaistico standard (Frigo A) per un importo di 0,11 €/ piantina. Disponendo di una densità d' impianto di 80.000 piantine/ha possono essere riconosciuti i costi aggiuntivi in misura massima di € 27.200,00 (0,34 € di costi aggiuntivi calcolati per il tipo Tray x 80.000 piantine).



Sichtvermerke gemäß Art. 13 des LG Nr.
17/1993 über die fachliche, verwaltungsgemäße
und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 della L.P. 17/1993
sulla responsabilità tecnica, amministrativa
e contabile

Der Amtsdirektor
Il Direttore d'Ufficio

KRAUS ANDREAS

22/08/2019

Der Abteilungsdirektor
Il Direttore di Ripartizione

PAZELLER MARTIN

22/08/2019

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung,
bestehend - ohne diese Seite - aus 18 Seiten, mit
dem digitalen Original identisch ist, das die
Landesverwaltung nach den geltenden
Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen
Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf
folgende Personen lauten:

nome e cognome: Andreas Kraus

Si attesta che la presente copia analogica è
conforme in tutte le sue parti al documento
informatico originale da cui è tratta, costituito da 18
pagine, esclusa la presente. Il documento originale,
predisposto e conservato a norma di legge presso
l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con
firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

nome e cognome: Martin Pazeller

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme
des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate
überprüft und sie im Sinne der geltenden
Bestimmungen aufbewahrt.

Ausstellungsdatum

22/08/2019

Diese Ausfertigung entspricht dem Original

L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di
acquisizione del documento digitale la validità dei
certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati
a norma di legge.

Data di emanazione

Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift

Data/firma